

Nach Information N. hat H a l d e r zu diesem gesagt,  
Hitler wäre der blutrünstigste Mann, den er gesehen habe.

Nach der Aussage von H a l d e r wurde H i m m l e r zuerst  
verdorben durch Heydrich, dann durch Bormann und dann durch  
Hitler.

Sepp D i e t r i c h war bei den Erschiessungen in Plötzensee

Er erinnert sich sicher noch an verschiedene Personen, die  
dort erschossen wurden, weshalb diese Personen hingerichtet  
wurden usw.

Keitel - G ö r i n g Befehle an die Kriegsgerichte

Feldgericht zur besonderen Verwendung und Luftwaffenfeldgericht  
(Die Urteile beim Feldgericht zur besonderen Verwendung  
wurden auf Befehl Görings ausgesprochen)

Bei der Hinrichtung der Frauen, die 1936 in die Spionageprozesse  
verwickelt waren.

53.021

Halder äusserte sich im September 1938 anlässlich des 60. Geburtstags meines Vaters sinngemäss folgendermassen: es müsse jetzt Schluss gemacht werden mit dem Hitlerregime, wäre höchste Zeit, sie als Soldaten würden jetzt die Initiative ergreifen.

Das war kurz nachdem er als Nachfolger von Beck Generalstabschef geworden war.

Brauchitsch und Keitel lehnte mein Vater vollständig ab.

*Hammmerstein - Agernd*

Scheidt sitzt in einem Lager bei Ludwigsburg, war in der kriegsgeschichtlichen Abteilung des OKW

P R O G R A M M .

In einer Stunde größter deutscher Not ist die Wiedererrichtung politischer Parteien von der Besatzungsbehörde gestattet worden.

Nicht um durch Hader und Zersplitterung diese Not zu vergrößern, sondern um das eigene Schicksal selbst in die Hand zu nehmen, wird sich unser Volk parteipolitisch neu gruppieren. Trotz einer zwölfjährigen hemmenden Diktatur wird es beweisen, daß es sich als freies Volk nach demokratischen Grundsätzen erziehen und verwalten kann.

Politische Parteien sind in einem demokratischen Staatswesen nötig. Ihre Bildung und ihre Tätigkeit verraten die politische Reife eines Volkes. Nur die Bildung großer politischer Gruppen kann unfruchtbare Zersplitterung verhüten, politische Beständigkeit und wirtschaftlichen Aufbau sichern.

Auch wir in München wollen die Voraussetzungen für diese bewährte Form der demokratischen Staatsführung schaffen und alle zusammenführen, die im christlichen Sittengesetz die Grundlage der deutschen und abendländischen Kultur erblicken.

Wir wollen und müssen unsere Arbeit in unserer engsten Heimat für diese unsere Heimat beginnen. Wir wollen damit helfen ein neues Reich zu bauen, das aber, frei von einseitigem Übergewicht eines Staates, gegliedert ist nach Ländern, die aufbauen auf den deutschen Stämmen und in denen unser Land für seine Eigenart eintreten und in dieser sich bewähren kann. Die Verwaltung dieser Länder soll grundsätzlich in den Händen der eigenen Landeskinder liegen. In diesem Sinne wollen wir bayerisch sein.

Die Diktatur des Nationalsozialismus war eine Herrschaft der Lüge, des Hasses und der Unterdrückung. Der Nationalsozialismus war der Todfeind jedes reinen christlichen Gedankens, jeder Lehre der Wahrheit, der Liebe und der Menschenwürde.

Um derartige Erscheinungen im deutschen Volk für alle Zeiten unmöglich zu machen, wollen wir, daß die ordnenden Kräfte des Christentums bei dem Neuaufbau unseres Staates ihre Gestaltungskraft entfalten können. Wir wollen den Frieden unter allen Bekenntnissen und ihre Zusammenarbeit. Wir wollen den Frieden zwischen Staat und Kirchen und deren gegenseitiges Vertrauen; wir wollen die Kirchen deshalb auch außerhalb allen politischen Streites wissen.

Unser Sammelruf ergeht an alle, die sich für ihr Tun und Lassen vor Gott verantwortlich fühlen. In diesem Sinne wollen wir

c h r i s t l i c h,

sein.

Wir wissen, daß sich die Welt seit Jahrzehnten in einer ungeheuren Krise befindet und daß die Erschütterungen der Weltkriege, die Erscheinungen der Diktaturen, die Umwälzung der Staats- und Wirtschaftsformen nur ein äußeres Kennzeichen dieser Weltenkrise sind.

Wir wissen, daß sich eine neue Zeit gestaltet. Wir können uns an alte Wirtschaftsformen nicht binden. Wir müssen allen Forderungen unserer Zeit opferwillig und opferfreudig gegenüberstehen und jeden Weg beschreiten, der die Not unseres Volkes lindern kann. In diesem Sinne wollen wir

s o z i a l

sein.

Wir sind überzeugt, daß diese unsere Grundsätze alle einigen können, die guten Willens sind über alle Konfessionen, Rassen und Stände und Altersschichten hinweg.

Noch ist die Stunde nicht gekommen, in der eine freie deutsche Staatsgestaltung möglich ist, noch ist kein Friede, noch ist nur Waffenstillstand.

In dieser Stunde kann man sich nur um Fahnen sammeln, die große Richtlinien und große Grundsätze bedeuten. Unter dieser Fahne wollen wir eine Partei der Einigung und Sammlung sein. Deshalb schließen wir uns zusammen zur

U N I O N,

der Christlichen Sozialen Union.



## Bayerische Christliche Soziale Union

Das deutsche Volk steht vor der Aufgabe, den schwersten Zusammenbruch seiner Geschichte zu überwinden und wieder eine feste staatliche, kulturelle, gesellschaftliche und wirtschaftliche Grundlage für seine Zukunft zu gewinnen.

Die diktatorischen Regierungssysteme haben völlig versagt und abgrundtiefe Not über ihre Völker und die ganze Welt gebracht. - Der vom Nationalsozialismus in Deutschland errichtete Staat ist zerbrochen, seine Gedankenwelt als Trug entlarvt. Die deutsche Heimat liegt in Schutt und Asche. Jeder Versuch zum Wiederaufbau wird nicht an alte Formen anknüpfen dürfen, sondern unter Besinnung auf die Grundwerte unseres Volkstums, ein neues Gemeinschaftsleben für alle Deutschen gestalten müssen. Nur im verantwortungsbewußten, opferbereiten Zusammenstehen aller, in friedlicher und freiheitlicher Gestaltung des Staatslebens kann die Rettung gefunden werden. Auf diesem Wege werden wir uns, wenn auch unter großen Mühen und Opfern, wieder in die Höhe arbeiten können. Voraussetzung ist, daß wir unser öffentliches Leben aufzubauen lernen, auf dem Gedanken der echten Demokratie, das heißt der verantwortlichen Mitbestimmung jedes Mannes und jeder Frau innerhalb der deutschen Schicksalsgemeinschaft. Wir lehnen deswegen alle Bestrebungen, aus denen in Zukunft wieder eine Diktatur irgendwelcher Prägung entstehen könnte, kompromisslos ab.

Wir sind der Überzeugung, daß Hand in Hand mit allen staatlichen Maßnahmen die Erziehung zu jener Freiheit gehen muß, die im Christentum ihren sinnfälligsten Ausdruck findet. Wir wollen auch nicht vergessen, daß in den letzten 12 Jahren das Christentum mit an erster Stelle den Kämpfern, die unter Einsatz von Gut und Blut den dämonischen Gewalten der nationalsozialistischen Gedankenwelt Widerstand leisteten, Halt und Stärke gab. Viele haben in diesem Kampf ihr Leben dafür geopfert, daß ihrer deutschen Heimat das Kulturgut des christlichen Abendlandes erhalten blieb.

Wir haben erkannt, daß nach den in den letzten Jahren gemeinsam erduldeten Verfolgungen und Leiden jede Betonung von Gegensätzen des religiösen Bekenntnisses in der Politik sinnlos wäre. Heute muß das Gemeinsame, nicht das Trennende, betont werden. Es ist deshalb heute nicht mehr die Zeit, wie einst eine Partei in vorwiegender Bindung an eine Konfession zu bilden. Gemeinsam muß bei voller Freiheit des religiösen Bekenntnisses die Anerkennung des christlichen Sittengesetzes als einer entscheidenden Grundlage unserer abendländischen Kultur sein. Wir wissen, daß auf diesem Boden auch jene zu uns finden können, die das Dogma einer christlichen Kirche nicht mehr bekennen zu können glauben.

Daran wollen wir heute denken, wenn wir Weg und Maßstab für unsere fast unlösbar scheinende Aufgabe suchen. Der feste Wille zum Aufbau der Heimat und der mutige Glaube an den gesunden Kern in unserem Volk müssen die Stimmung der Verzweiflung ablösen. Unser Volk wird selbst dieser schwersten aller Aufgaben gewachsen sein, wenn es seiner inneren Kraft vertraut und sich restlos abwendet von den nationalsozialistischen Irrlehren, dem militaristischen Macht- und Größenwahn und allen Methoden des Terrors und der Gewalt.

Wir erstreben ein in Freiheit lebendes Deutschland, das seine Aufgabe in der Welt in der Mitarbeit am kulturellen Fortschritt und an der Wohlfahrt der Menschheit sieht.

Mit diesen Zielen vor Augen schliessen wir uns zur

Bayerischen Christlichen Sozialen Union

zusammen.

Der Name soll besagen,

daß wir uns immer als Kinder unserer bayerischen Heimat fühlen wollen,  
daß wir das Christentum wieder als die Grundlage unseres Kulturlebens  
anerkannt wissen wollen,

daß wir die Aufgaben der Zukunft nur im Rahmen einer wahrhaft sozialen  
Gemeinschaft als lösbar betrachten

und daß wir den Zusammenschluß aller Aufbauwilligen erstreben.

Die Zeit verlangt von uns die Durchführung folgender dringendster  
Aufgaben:

1. Schaffung einer gesunden Grundlage  
für das öffentliche Leben unseres  
Volkes.

Dazu ist notwendig, die Reinigung des Landes vom Nationalsozialismus  
durch gerechte äußere Maßnahmen und durch erzieherische Einwirkung  
auf Geist und Moral unseres Volkes, Ausschaltung der politisch  
Schuldigen aus jeder Einflußmöglichkeit, Bestrafung der kriminell  
Schuldigen, vor allem der politischen Verleumder, Denunzianten und  
Spitzel, Widerruf der ungerechtfertigten Anstellungen, Beförderun-  
gen und Bereicherungen, rücksichtslose Überprüfung aller, die sich  
durch das nationalsozialistische Regime Vorteile verschafft oder  
sich in seinem Geist aktiv betätigt haben, auch wenn sie formal aus-  
serhalb der Partei standen. - Angehörige unseres Volkes, die zwar  
Mitglieder der NSDAP oder ihrer Gliederungen waren, aber weder sich  
aktiv politisch betätigt noch persönliche Vorteile für sich erstrebt  
haben, sollen deswegen unter der Voraussetzung der Überprüfung in  
einem Rechtsverfahren von der Teilnahme am künftigen öffentlichen Le-  
ben nicht ausgeschlossen sein.

2. Erhaltung des Reiches in neuer Gliederung auf  
gebiets- und kräftemässig ausgeglichener bundesstaatlicher Grund-  
lage, innerhalb dessen Bayern als geschlossenes staatliches Gebilde  
sich in freier Entfaltung insbesondere seiner kulturellen Kräfte aus-  
wirken kann.

3. Aufbau einer öffentlichen Verwaltung  
auf der Grundlage der Sauberkeit, der Dienstbereitschaft am Volke  
und des fachlichen Könnens ihrer Glieder. Ein einwandfreies, in Um-  
fang und Aufbau den völlig veränderten Verhältnissen angepasstes Be-  
rufsbeamtentum wird unsere Gemeinschaft nicht entbehren können. Unter  
Anerkennung althergebrachter und dem bayerischen Volk vertrauter Ein-  
richtungen muß das Volk in verantwortlicher Mitarbeit möglichst weit-  
gehend zur Selbstverwaltung herangezogen werden.

4. Setzung einer Rechtsordnung, die sich gründet  
auf Gerechtigkeit und Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz.  
Länger als ein Jahrzehnt haben in Deutschland Willkür und Gewalt ge-  
herrscht. Das Volk soll wieder Vertrauen gewinnen dürfen zu Richter  
und Gesetz.

Der Schutz des Einzelnen gegen ungerechtfertigte Machtansprüche des  
Staates muß ebenso gewährleistet werden wie der Schutz des Gemein-  
wesens gegen Übergriffe des Einzelnen. Das gesamte Gerichtswesen,  
einschließlich einer unabhängigen Verwaltungsgerichtsbarkeit, wird  
alsbald wieder aufzubauen und mit Männern zu besetzen sein, die im



Geiste der neuen sozialen Gemeinschaft das hohe Gut des Rechts unabhängig zu verwalten berufen sind. Die Polizei muß wieder der Ordnung nicht der Willkür dienen, umsomehr, als die Verwilderung in allen Teilen des Landes einen Grad erreicht hat, der durchgreifende Maßnahmen verlangt.

5. Festigung der Volksgemeinschaft aus wahrer sozialer Gesinnung ohne Rücksicht auf Stand, Abstammung oder Vermögen. Im Denken und Handeln soll künftig wirklich das Gemeinwohl stets den Vorrang haben vor dem persönlichen Erfolgsstreben des Einzelnen.

Das gemeinsam erludete Leid verpflichtet jedes Glied der Gemeinschaft, die erlittenen Schäden mitzutragen und nach besten Kräften an ihrer Beseitigung mitzuwirken.

Es ist Ehrenpflicht des deutschen Volkes, trotz unserer Verarmung den Alten und Invaliden, Witwen und Waisen, vor allem aber auch unseren Kriegsversehrten und allen anderen Opfern des Krieges den notwendigen Lebensunterhalt zu sichern.

Vor allem gilt es auch, den Opfern des Nationalsozialismus zu helfen, die schuldlos aus weltanschaulichen oder rassischen Gründen verfolgt wurden.

Unsere heimgekehrten Soldaten erwarten, zur tätigen Mitarbeit am Wiederaufbau in erster Linie herangezogen zu werden. Die Wiedereingliederung in den früheren Beruf, die Überführung in anderweitige Berufe, Ausbildung und Schulung der jungen, bisher beruflich noch nicht tätigen Soldaten für den Einsatz im Zivilleben, erfordern rasche, durchgreifende praktische Maßnahmen und verständnisvolle Bereitschaft aller übrigen Glieder des Volkes.

6. Aufbau des kulturellen Gemeinwesens auf der Grundlage der christlichen Ethik und der Freiheit der religiösen Bekenntnisse.

Nicht Weltanschauungskämpfe, sondern gegenseitige Achtung und Duldung auch entgegengesetzter Überzeugungen, werden unserem notleidenden Volk die innere Gesundheit erleichtern.

Die durch den Nationalsozialismus beseitigte Freiheit in Kunst, Wissenschaft, Lehre und Schrifttum ist wieder herzustellen.

Presse und Rundfunk müssen ausschließlich im Dienste der Wahrheit stehen.

7. Pflege der Familie als der Grundlage jedes gefestigten Gemeinschaftslebens.

Auch in Zukunft werden kinderreiche Familien auf besonderen Schutz durch die Allgemeinheit rechnen dürfen.

Zu den dringendsten Aufgaben gehört die baldige Lösung des Evakuierten-Problems. Auch ist es notwendig, alle Anstrengungen aufzubieten, um die über das ganze Reichsgebiet versprengten unzähligen Angehörigen auseinandergerissener Familien wieder zu vereinigen.

8. Jugenderziehung im Geiste des christlichen Sittengesetzes, der sozialen Gesinnung und der Treue zu Heimat und Volk.

Entwicklung eines Schulwesens, welches dem Bestimmungsrecht der Eltern über die Erziehung ihrer Kinder Rechnung trägt, Förderung der Begabten ohne Rücksicht auf die Vermögensverhältnisse der Eltern, Entwicklung eines Lehrerstandes, welcher der verantwortungsvollen Aufgabe der Jugenderziehung in der Schule gerecht zu werden vermag.

9. Schaffung eines Sozialrechtes im gleichen Rang mit dem Staatsrecht und dem Privatrecht.

Angesichts der Verarmung des deutschen Volkes und der Zerrüttung der deutschen Wirtschaft gewinnt die Arbeit jedes schaffenden Deutschen künftig größere Bedeutung wie je zuvor. Das Recht auf Arbeit bedingt entsprechende Gestaltung der Arbeitsbedingungen, gesetzlichen Schutz der schaffenden Menschen und Sicherung des gerechten Gegenwertes für die geleistete Arbeit.

Den Gewerkschaften als den Sachwaltern der Arbeiterschaft ist die ihnen gebührende Stellung wieder einzuräumen, damit sie ihre Aufgabe, die Arbeiterschaft wirtschaftlich zu unterstützen und zu vertreten und mit allen anderen Ständen und Gliederungen unseres Volkes zu verbinden, voll erfüllen können. Zur Vermeidung eines Schadens für das Gemeinwohl soll so der Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit gesetzliche und geordnete Form gegeben und geholfen werden, Interessengegensätze auszugleichen und unvermeidbare Streitigkeiten zu schlichten.

10. Lenkung der Wirtschaft durch den Staat nach den Interessen der Gesamtheit des Volkes, Beseitigung unzeitgemässer, der vergangenen liberalen Wirtschaftsepoche angehörenden Einrichtungen, aber Anerkennung und Schutz des Privateigentums, sowie Förderung der Privatinitiative im Rahmen der vom Staat festgelegten Grenzen.

Wird danach die freie Wirtschaft als die für unsere Verhältnisse auch künftig geeignete Wirtschaftsform anerkannt, so ist dadurch doch nicht das Recht des Staates ausgeschlossen, Wirtschaftsbetriebe in die öffentliche Hand zu überführen, wenn dies aus Gründen des Gemeinwohles geboten ist.

11. Erhaltung und berufsständische Förderung einer gesunden, leistungsfähigen Landwirtschaft, die die unbedingte Voraussetzung ist für die Sicherung der Ernährung unseres Volkes, Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung, gerechte Regelung der Ablieferung und Verteilung, Schutz für den Bauern und seinen Hof, auskömmliches Entgelt für seine Leistungen, Stärkung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens.

12. Wiederlingansetzung von Gewerbe und Industrie, Handel und Verkehr auf Grund langfristiger Planung und unter Einsatz aller verfügbaren Hilfsmittel durch den Staat.

Die Pflege des seit jeher in unserer bayerischen Heimat bodenständigen Gewerbes und die Entwicklung einer leistungsfähigen Industrie werden in erster Linie der Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung mit Gegenständen des vordringlichen Bedarfs zu dienen haben.

Gleichzeitig soll eine leistungsfähige Exportindustrie wieder aufgebaut werden, um die Einfuhr solcher Güter zu ermöglichen, die für die Lebenshaltung des Volkes auf die Dauer nicht mehr entbehrt werden können.

Im Rahmen des Wiederaufbaues der zerstörten Städte steht das soziale Wohnungsbauprogramm im Vordergrund. Durch richtige Planung des Arbeitseinsatzes kann und muß der großen Gefahr einer Arbeitslosigkeit begegnet werden.

An Stelle des zerrissenen deutschen Wirtschaftsgefüges wird so rasch wie möglich ein neues System des Güteraustausches treten müssen, um eine gleichmässige Versorgung der Bevölkerung mit den notwendigsten Waren sicherzustellen. Handel und Verkehr müssen für diese Aufgaben zu einer besonderen Anstrengung aufgerufen werden.



13. Wiederherstellung eines gesunden Geldwesens.

Ordnung und Sparsamkeit im Staatshaushalt,  
Regelung der öffentlichen Verschuldung,  
Schaffung einer stabilen Währung, und  
durchgreifende Reorganisation des Bankwesens.

Oberster Grundsatz für alle auf diesem Gebiet zu treffenden Maßnahmen muß bleiben die Vermeidung jeglichen inflationistischen Chaos, möglichste Schonung des kleinen Sparers, und die Sicherung der Wertbeständigkeit für den neu erarbeiteten Entgelt des schaffenden Menschen.

Die Bedürfnisse des Staates für den Wiederaufbau der Heimat und die Erfüllung seiner sozialen Verpflichtungen machen auf lange Zeit hinaus eine hohe steuerliche Belastung der Bevölkerung notwendig. Die gerechte Verteilung dieser Lasten bedingt die stärkere Heranziehung der wirtschaftlich leistungsfähigeren Kreise der Bevölkerung.

14. Baldige Wiederherstellung friedlicher Beziehungen zu den anderen Völkern mit dem Ziel der Zusammenarbeit für einen dauernden und gerechten Weltfrieden auf der Grundlage der Gleichberechtigung und gegenseitigen Achtung.

Auf dieser Grundlage wollen wir gemeinsam die Arbeit aufnehmen. Wir müssen erkennen, daß vieles, was früher als trennend empfunden wurde, seine Bedeutung verloren hat. Heute kommt es auf die Ehrlichkeit des Willens und auf die Entschlossenheit zu Handeln an.

Entscheidend wichtig wird die Mitarbeit der deutschen Frauen sein, die in den abgelaufenen schweren Kriegsjahren treu und hilfsbereit auf jedem Platz, auf den sie gestellt wurden, ihre Pflicht getan haben.

Was wir brauchen, das ist der Wille, nicht zu verzweifeln und im Vertrauen auf Gottes Hilfe alle unsere Kräfte einzusetzen für unser Volk und unsere Heimat.